

Redebeitrag

Plenum, 25.01.2016

Themendebatte „Flüchtlings-, Migranten- und Integrationspolitik in der DG“
-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,

Integration von Menschen in eine Gesellschaft ist seit Jahren, Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten ein Thema welches heiß diskutiert wird, ja welches die Gesellschaft spaltet.

Das Fremde ist für viele beklemmend – und erzeugt Misstrauen.

Aber dieses Misstrauen ist nicht gleichzusetzen mit Feindseligkeiten.

Ja es gibt Feindseligkeiten, aber diese fallen in unserem Gebiet gering aus.

Nicht jeder der die Asylpolitik kritisiert,
nicht jeder der nein sagt zu mehr Zuwanderung ist fremdenfeindlich oder gar rechtsradikal – nein viele Bürgerinnen und Bürger haben Angst.

Insbesondere weil ein Großteil der Flüchtlinge aus völlig anderen Kultur und Religionskreisen kommt, weder unsere Sprachen spricht, noch unsere Gesetze kennt und auch nicht unsere Bräuche und Sitten.

Und die Vergangenheit hat gezeigt, dass ein Großteil der Neuankömmlinge, welche in den letzten Jahrzehnten nach Europa gekommen ist, sich nicht damit auseinander setzen möchte.

Sondern in einer „Parallel Welt“ lebt.

Und auch in unserem Land sind Ghettos entstanden.

Meine Damen und Herren,
was denken die Bürger der DG?

66 % der Ostbelgier haben in einer repräsentativen Umfrage im Jahr 2014 gesagt, dass schon heute zu viele Zugewanderte in der DG leben. Und dies vor fast zwei Jahren, also bevor die großen Flüchtlingsströme Europa erreicht haben.

Sind diese Personen, also weitaus mehr als jeder 2., fremdenfeindlich eingestellt?

Nein, denn von sich selbst meinen sogar 68 Prozent der Befragten in derselben Meinungsumfrage, dass sie Menschen ausländischer Herkunft eher aufgeschlossen gegenüberstehen.

Aber woher stammen denn die Bedenken gegen eine vermehrte Zuwanderung?

Knapp ein Drittel der DG-Bürger sagt, dass das Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern große Probleme verursacht.

Ich frage Sie:

Ist also die Integration von Zuwanderern in den letzten Jahren gescheitert?

Wir alle kennen die Antwort.

Meine Damen und Herren,

Im September des vergangenen Jahres ist die Vivant Fraktion, im Rahmen der Regierungserklärung, auf verschiedene Ursachen der Flüchtlingskrise eingegangen.

Außerdem haben wir vor einem neuen Rechts-links Denken gewarnt. Denn die Gefahr einer innenpolitischen Radikalisierung besteht.

Heute muss man leider sagen, dass diese innenpolitische Radikalisierung Teile unserer Gesellschaft durchzieht.

Und schuld daran ist auch die klassische Politik, welche über Jahrzehnte versäumt hat, Integration wörtlich zu nehmen und die Probleme welche durch die Migration von Fremden auftreten, konsequent anzugehen.

Aber die Menschen kommen, die Gründe sind vielfältig und ob wir es wollen oder nicht die Gesellschaft wird sich hierdurch verändern, und wenn wir es nicht schaffen ein friedliches Zusammenleben zu organisieren, dann wird sich die innenpolitische Radikalisierung nach rechts oder nach links weiter verschärfen.

Ich habe auch Bedenken und Sorgen, dass das was derzeit in Europa und in Belgien geschieht zu gewaltigen kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen führen wird, deren Ausmaß wir heute noch nicht erahnen und mit deren Folgen wir uns die nächsten Jahre ja Jahrzehnte beschäftigen werden. Denn der Zustrom endet nicht.

Laut aktuellen Untersuchungen wollen in den nächsten Jahren mehr als 8 Millionen Menschen alleine aus dem Nahen Osten, ihr Land verlassen und nach Europa flüchten.

Was genau dahinter steckt, ob es geschürte Kriege in Nahost, ob es die Armut in den Drittweltländern ist, ist nicht Thema dieser Debatte – und dies ist nicht nur Schade, nein es ist fatal.

Ich hatte im Präsidium angesprochen, dass man eine Themendebatte zum Thema Integration nicht ohne das Ansprechen der Hintergründe, nicht ohne die Suche nach Erklärungen zu den Ursachen - führen kann.

Die anderen Fraktionen teilten diese Meinung nicht und man will bewusst die Ursachen außen vor lassen und nicht thematisieren.

Ja, wir von der DG können die Außenpolitik der EU, der USA nicht direkt beeinflussen.

Aber wir können und wir müssen unseren Mund aufmachen wenn Unrecht geschieht.

Und Unrecht geschieht durch zahlreiche Kriege, ob von der USA und der NATO angezettelt und durchgeführt, und auch mit Beteiligung der EU Länder und auch durch die Mithilfe von Belgien.

Vor fast 9 Jahren im Oktober 2007 hat mein Vorgänger, Joseph Meyer im Rahmen der Debatte zum Cotonou Abkommen, vor Flüchtlingsströmen gewarnt.

Er sagte: Zitat: „Wenn Sie also, den vorliegenden Text, in dieser Form, gutheißen sollten, dann fördern Sie mit Ihrer Zustimmung Armut und Elend in den betroffenen Ländern, und Sie verschärfen gleichzeitig auch das Problem der Wirtschaftsflüchtlinge hier in der DG.“

Im Jahre 2009, im Rahmen einer Interpellation, bemerkte mein Vorgänger: „Ein Afrikaner aus Burkina Faso formulierte es in dem Film „Let´s make money“ folgendermaßen: Wenn ihr uns nicht ermöglicht in unseren Ländern überleben zu können, dann können selbst 10 Meter hohe Mauern uns nicht daran hindern, zu Euch zu kommen.“

Im März 2012, im Rahmen der Abstimmung zu einem Europäischen Partnerschaftsabkommen mit verschiedenen Dritt-Weltländern sagte mein Kollege Alain Mertes: Zitat:

„Wollen wir, die wir heute über dieses Dokument abzustimmen haben, wirklich dass die Existenzgrundlage vieler kleiner Bauern, vieler Familien gefährdet bzw. vernichtet wird?

Und dass deshalb immer mehr Wirtschaftsflüchtlinge von diesen Staaten die Grenzen der EU-Mitgliedsländer legal oder illegal überschreiten werden. Wollen wir das? Ich glaube nicht.“

Und im Oktober 2012 sagte mein Kollege Alain Mertes, bezüglich der Abstimmung zu dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten und der EU.

„Wenn heute durch Verträge, denen wir zustimmen, die Existenzgrundlage von Millionen von Menschen beschädigt und zerstört wird, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn morgen ein Teil dieser Menschen vor unsere Tür hier in die DG stehen.“

Und wir standen mit unserer Kritik nie alleine da.
Zahlreiche Organisationen haben genau davor immer gewarnt.

Und wir können, ja wir müssen, wenn hier in diesem Hause internationale Verträge zur Abstimmung stehen diese thematisieren, diese debattieren und diese ablehnen wenn Unrecht dadurch gefördert wird.

Ja, die DG kann das Elend in der ganzen Welt nicht beseitigen, auch dies haben wir ausdrücklich betont, aber wir haben sehr wohl, die Pflicht die wirklichen Ursachen dieses Elends zu erkennen und uns dann in den entsprechenden Gremien in Brüssel für die Beseitigung dieser Ursachen einsetzen, und solche internationale Verträge ablehnen.

Aber dies tun die meisten hier im Hause nicht.

Die Vivant Fraktion hat dies bei allen entsprechenden internationalen Verträgen thematisiert, leider haben fast alle anderen Fraktionen die Weckrufe ignoriert und den Verträgen zugestimmt.

Heute befinden wir uns in einer Zeit, in welcher das Flüchtlingsthema die Menschen in ganz Europa bewegt.

Tausende, ob linke oder rechte Gruppierungen organisieren sich und demonstrieren.

Alle haben eins gemein, sie sind unzufrieden, unzufrieden mit der Vorgehensweise der Verantwortlichen in den Regierungen,

das fatale ist, dass diese Gruppierungen auch gegen einander vorgehen, und somit die wahren Hintergründe und Ursachen außen vor lassen.

Die Flüchtlinge sind Opfer geopolitischer Interessen, Opfer eines fatalen Finanzsystems und Opfer der Ausbeutung ihrer Länder.

Aber wir müssen vorsichtig sein, dass unsere Bevölkerung nicht auch zum Opfer wird; wenn es nicht bereits geschehen ist.
Zum Opfer derselben geopolitischen Interessen,
Opfer desselben Finanzsystems und Opfer einer fehlgeleitenden EU Politik, welche nicht das Wohl der Bürger sondern das Wohl der Konzerne im Sinn hat.

Was die Hintergründe zu den Auseinandersetzungen im Nahen Osten angeht, hatte ich Ihnen im September das Buch von Michael Lüders empfohlen – Wer den Wind säht – wer meiner Empfehlung gefolgt ist und es gelesen hat, der weiß was ich hiermit meine.

Manche Autoren gehen sogar soweit und sehen in den Flüchtlingströmen eine gesteuerte und gezielte innenpolitische Destabilisierung Europas.
Weitere Recherchen hierzu kann ich Ihnen nur empfehlen.

Meine Damen und Herren,

Somit, wenn auch spät, ist diese Debatte zu begrüßen, und ebenfalls der Versuch das Thema Integration nicht nur zu debattieren sondern in Form von Dekreten und Handlungen endlich hier in der DG zu untermauern, wobei diese Aktionen in unseren Augen die Probleme höchstens abschwächen können, das sollte uns bewusst sein.

Alles andere wäre überheblich oder naiv, und ein Verkennen der tatsächlichen Lage.

Meine Damen und Herren,

Zum Konzept des RESI haben wir folgende Anmerkungen:

Zuerst einmal möchten wir der Arbeitsgruppe ein Lob für dieses Dokument ausdrücken. Man hat sich viele Gedanken gemacht, und schlägt in verschiedenen Bereichen gute Lösungsansätze vor.

Auch möchten wir den zahlreichen Helfern, den Gruppen, ob Ehrenamtlich oder Hauptamtlich unser Lob aussprechen für ihre Arbeit in diesem doch sehr komplexen und schwierigen Bereich.

Auf einige, auch von uns angesprochene, Bereiche geht der Konzeptvorschlag des RESI ein, und erteilt Reformansätze – wobei man zwischen den Zeilen auch spürt, dass man das große Ganze, das Umfeld der Ursachen nicht tiefer thematisieren will.

Wie angesprochen wird somit dieses Konzept nicht die Probleme lösen sondern höchstens Symptome behandeln und damit kurzfristig Probleme entschärfen.

Wobei Handlungen jetzt hier gefragt sind, und wir in vielen Bereichen die Vorschläge des RESI hier unterstützenswert finden.

So unter anderem die geforderten Sprachkurse, welche in unseren Augen verpflichtend sein müssen.

Im Kapitel 3, der Leitlinien und Ziele spricht man auf Seite 7 - offen die Gefahren und Ängste an, wovon beide Seiten betroffen sind.

Hierzu eine kurze Anmerkung.

Eine Lehrerin, aus der DG, berichtete mir, dass ein Schüler aus einer Flüchtlingsfamilie sie mit seinem Vater aufsuchte, und der Vater ihr gegenüber eine ablehnende Haltung hatte und ihr nicht die Hand reichte, weil sie eine Frau sei.

Sie meinte, man dürfe sowas ja nicht öffentlich sagen, da man sonst als fremdenfeindlich abgestempelt würde.

Doch dies muss angesprochen werden.

Und hier sind wir bei einem gravierenden Problem.

Die Gleichstellung von Frau und Mann ist Bestandteil unseres Zusammenlebens, wenn Flüchtlinge dies anders sehen, aus religiösen oder kulturellen Gründen, dann wird eine Integration nicht erfolgen können. Und zu gravierenden Problemen führen.

Viele wollen, ja können sich von diesen Traditionen nicht lösen, und akzeptieren verschiedene Grundregeln unseres Zusammenlebens nicht.

Wer diese Regeln missachtet, wird sich nicht integrieren können und hat unserer Meinung nach keinen Platz in unserer Gesellschaft. Auch dies sollten wir unvoreingenommen diskutieren, und entsprechende Regeln aufsetzen.

Meine Damen und Herren,

Integration darf nicht dazu führen, dass wir unsere Werte, die wir uns in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben, aufgeben.

Was den Arbeitsmarkt angeht, so wurde dies im Rahmen der Anhörung und auch im Konzept im Handlungsfeld 4 Beschäftigung angesprochen.

Nur wir sollten nicht blauäugig an die Sache herangehen, sondern wahrhaftig. Belgien hat eine immer noch sehr hohe Arbeitslosigkeit, auch wenn diese im vergangenen Jahr etwas gesunken ist.

Migration zu befürworten aufgrund von Facharbeitermangel, würde bedeuten dass wir nicht im Stande sind Einheimische richtig auszubilden.

Oder geht man davon aus, dass es leichter ist Migranten zu Facharbeitern auszubilden als hiesige Arbeiter?

Ist dem nicht so, entzieht sich dieses Argument jeglicher Logik.

Und schon jetzt gibt es zu wenig bezahlbare Arbeitsplätze für die einheimische Bevölkerung im Sektor der gering Qualifizierten. Und die Mehrzahl der Flüchtlinge wird voraussichtlich auf sehr lange Zeit nur in diesem Bereich einsetzbar sein.

Das muss uns bewusst sein, auch wenn im Konzept des RESI begrüßenswerte Elemente stehen,

können wir die Probleme nur lösen wenn wir die Ursachen der Flüchtlingswelle anpacken, alles andere ist eine Symptombehandlung, und wird unsere Werte und unser gesellschaftliches System auf die Probe stellen, und Szenarien wie eben angesprochen werden nicht ausbleiben.

Die Herangehensweise der Regierung der DG die betroffenen Zivilgesellschaften anzuhören und richtige Gedanken und Vorschläge im Konzept zu berücksichtigen ist löblich.

Fehlerhafte Grundvoraussetzungen und das nicht Thematisieren der Ursachen und das entsprechende Aufzeigen von Lösungsansätze hierzu müssen aber korrigiert werden.

Auch die Einführung eines „Integrationsparcours“ begrüßen wir. Ein Handeln ist nötiger denn je, die Menschen sind nun mal da und ein Teil wird Bleiberecht erhalten.

Meine Damen und Herren,
als fehlerhafte Grundvoraussetzung möchte ich verschiedene Elemente anführen:

Das Konzept des RESI wird nur dann zu Erfolgen führen, wenn die Migranten und Flüchtlinge sich aus sich selbst heraus integrieren wollen.

Die Ankommenden müssen unsere Sprachen erlernen und unsere Werte und Gesetze akzeptieren.

Hier sollten unsere Werte, Gesetze und auch entsprechende Benimmregeln unserer Gesellschaft, in Form von u.a. audiovisuellen Lernpaketen vermittelt werden, anfangs in den entsprechenden Sprachen der Flüchtlinge und dies sollte verpflichtend für jeden Neuankömmling sein.

Und man sollte prüfen wie weit die Personen bereit sind sich anzupassen und unsere Werte zu akzeptieren.

Und davon müssen dann Sach- und Geldzuweisungen abhängig gemacht werden!

Denn nur dann ist eine Integration möglich.

Personen welche sich nicht an die Regeln halten, gehören abgeschoben.

Ja, dies geht nur wenn alle Gemeinschaften und auch der Föderalstaat in Belgien zusammen arbeiten, denn die erforderlichen Zuständigkeiten liegen nicht nur bei uns, und bekanntlich bleibt nur ein geringer Teil der Flüchtlinge nach dem Erhalten des Aufenthaltsrechts in unserem Gebiet.

Andere Länder wie z.B. Kanada haben hier jahrzehntelange Erfahrung, wobei wir die dort angewandte Selektion von Einwandern nicht als unterstützenswert ansehen, denn dies führt u.a. dazu dass Länder ihre Mittelschicht verlieren und ein Wiederaufbau in den Kriegsgebieten erschwert wird. Was keinem sozialen Verhalten gleicht.

Denn dann macht man sich mitschuldig am Ausbluten der betroffenen Länder. Wahres soziales Verhalten ist es dazu beizutragen, Kriege zu beenden damit die Menschen in ihre Heimat zukehren können und ihre Länder wieder aufbauen können.

Hierzu eine Anmerkung.

Einige von uns haben die Worte des syrischen Flüchtlings, welcher bei der Anhörung vor zwei Wochen sich zu diesem Thema ausgesprochen hat, noch in den Ohren.

Und in einem persönlichen Gespräch mit diesem Herrn, vertraute er meinem Kollegen und mir weitere Elemente an, welche eine Integration erschweren beziehungsweise nicht möglich machen.

Nach der Lösung gefragt, meinte er klar, dass man die Ursachen der Flucht beseitigen muss.

Er sagte: Solange die Kriege andauern, so lange ist eine Integration nicht möglich denn, mit unseren Gedanken sind wir in der Heimat. Körperlich wäre er bei Kursen anwesend, aber geistig nicht. Weiter erwähnte er, dass vielen nicht der Kopf nach Integration steht, denn sie sind immer noch mit den Problemen in ihrer Heimat behaftet.

Ein 13 Jähriger syrischer Junge sagte im Sommer letzten Jahres in einfachen Worten, was er als Lösung ansieht:

“Please stop the war! Just that!

Beendet einfach den Krieg, dann wollen wir gar nicht nach Europa.

Beendet nur den Krieg in Syrien. Nur das.”

Als DG, sollten wir in einem Resolutionsvorschlag dies klar und deutlich zusammenfassen und die Verantwortlichen der EU und der föderalen Regierung an ihre Verantwortung erinnern.

Ein Schweigen, gleicht einem Zustimmung!

Wir sollten Mut zeigen und dieses Schweigen brechen.

Die Vivant Fraktion wird einen entsprechenden Vorschlag ausarbeiten und hofft auf einen konstruktiven Dialog mit allen Fraktionen dieses Hauses.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter

Vivant Fraktion im PDG